

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 02/2012

12. Januar 2012

GEW Sachsen: Wir brauchen keine Lehrer aus Bayern, sondern kluge Personalpolitik in Sachsen!

Bildungsgewerkschaft erwartet anderen Umgang mit der Personalsituation im Schulbereich und lehnt Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Lehrerzimmern ab

Bezug nehmend auf die Aussagen von Kultusminister Wöllner in einem Interview in der heutigen Ausgabe der „Freien Presse“ warnt der Landesverband Sachsen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den sächsischen Kultusminister davor, den Zorn in den Lehrerzimmern über eine zunehmend demotivierende Personalpolitik im Schulbereich durch neue unausgelegene personalpolitische Überlegungen weiter anzuhetzen.

Sabine Gerold, GEW-Landesvorsitzende:

„Die Grenze des Zumutbaren ist mittlerweile erreicht! Es ist mehr als ein Armutszeugnis, was den sächsischen Lehrerinnen und Lehrern seit geraumer Zeit von ihrem obersten Dienstherrn in Sachen Personalentwicklung und Zukunftsperspektiven des Lehrerberufes in Sachsen so geboten wird. Die neuerlichen Lobeshymnen in Wöllners Neujahrsbotschaft, in seiner Konzerteinladung und im sog. Bildungspaket Sachsen 2020 stehen in eklatantem Widerspruch zur Realität im politischen Umgang mit den Lehrkräften in Sachsen. Die aktuelle Ankündigung Wöllners, dass – nach seinem Willen - angeworbene Lehrer aus anderen Bundesländern ihren Beamtenstatus behalten sollen, während sächsische Lehrer auch weiterhin nicht verbeamtet werden, ist nur ein weiterer Schlag ins Gesicht der Lehrerinnen und Lehrer, die hinter den Erfolgen in Bundesvergleichen stehen, die politisch so gern gefeiert werden. Während die eine Hand der Politik mit Schulterklopfen beschäftigt ist, fegt die andere jede Forderung der Lehrer nach besseren Arbeitsbedingungen und angemessener Bezahlung ihrer erfolgreichen Arbeit seit Jahren stur vom Tisch. Hierzu hat der Kultusminister nicht mehr als einen von Unkenntnis geprägten Verweis auf die Tarifpartner beizutragen – offenbar nicht wissend, dass die Lehrereingruppierung in Sachsen einseitig vom Finanzministerium verordnet ist und der Freistaat Sachsen einen erheblichen Anteil daran hat, dass die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Bundesländer über eine Lehrer-Entgeltordnung für nichtverbeamtete Lehrer bisher ohne Ergebnis geblieben sind.“

Die GEW kritisiert darüber hinaus, dass sich der Kultusminister nach wie vor einer klaren Antwort auf die Frage nach dem zukünftigen Lehrerberuf in Sachsen – quantitativ ausgedrückt in Haushaltsstellen für Lehrer – verweigert. Damit schürt er die Befürchtungen, dass der von der Staatsregierung geplante Stellenabbau in einem nicht unerheblichen Umfang auch den Schulbereich treffen wird. Auch das schadet der Motivation und der Nachwuchsgewinnung.

„Nach 20 Jahren Lehrerstellenabbau aufgrund des dramatischen Geburteneinbruchs mit den bekannten Konsequenzen für den Lehrerberuf in Sachsen bedarf es jetzt zuallererst eines ganz klaren politischen Signals, dass diese Staatsregierung keinen weiteren Abbau von Lehrerstellen und keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer plant und dass sie sich ernsthaft bemühen wird, die Benachteiligung sächsischer Lehrerinnen und Lehrer gegenüber ihren verbeamteten Kollegen in anderen Bundesländern durch angemessene tarifliche Regelungen auszugleichen – statt durch eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Lehrerzimmern noch mehr Ungerechtigkeit zu schaffen. Nur so wird man Lehrer in Sachsen halten und nach Sachsen locken können. Das gebetsmühlenartig wiederholte Argument des Kultusministers, dass Lehrer in Sachsen wieder ein Vollzeitberuf mit Zukunft ist, bleibt eine Floskel, solange dieses Argument nicht durch entsprechendes politisches, vor allem finanzpolitisches Handeln untersetzt wird“, so die GEW-Landesvorsitzende.

Nachfragen möglich unter 0172 – 79 90 114 (Frau Dr. Gerold)